

Hundert Tage Regierung Portillo

Während hundert Tagen habe er geschwiegen, jetzt sei es an der Zeit, eine Analyse der Arbeit der Regierung Portillo und seiner Partei, der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) zu machen, sagte Alvaro Colóm, ehemaliger Präsidentschaftskandidat des linken Bündnisses *Allianz Neue Nation* (ANN). Seine Analyse enthält eine scharfe Kritik an offensichtlichen Machtmissbrauch innerhalb des Verwaltungsapparates. Weiter fordert Colóm den Rücktritt derjenigen Regierungsmitglieder, die sich einmal 'links' nannten.

Das folgende Interview erschien am 24. April in der Tageszeitung *Siglo XXI*.

Frage: Ein erstes Stirnrunzeln löste Portillo mit der Besetzung seines Kabinetts aus, speziell mit der Ernennung von Luis Rabbé zum Minister für Verkehr und Kommunikation. Was steckt hinter dieser Ernennung?

Alvaro Colóm: Es ist die Rückzahlung einer politischen Schuld. Es ist offensichtlich, dass Rabbé nicht zu den Erfolgsmännern Portillos gehört und die Schuld begleicht Portillo eigentlich mit Angel González. (González ist der mexikanische Besitzer der meisten grossen Fernsehkanäle Guatemalas und gleichzeitig der Schwager von Rabbé.) Die Gegenleistung González' dafür ist, dass die Lobreden auf Portillo im Fernsehen auch nach dem Wahlkampf weitergehen. Ebenso steht das Kommunikationsministerium immer im Rampenlicht der Nachrichten, ohne dass dieses Ministerium bisher viel geleistet hätte. Und es ist bezeichnenderweise dieses Ministerium, das weitgehenden Einfluss auf die Aufrechterhaltung des Medienmonopols in Guatemala hat.

Frage: Glauben Sie wirklich, dass Leute wie González oder Francisco Alvarado Macdonald einen so grossen Einfluss auf Portillo haben? (Alvarado kommt aus der Finanzwelt und hat den Wahlkampf Portillos massgeblich finanziert.)

Colóm: Im Fall von González ist klar, dass er ein politischer Verbündeter Portillos ist. Die Art und Weise, wie über die negativen Auswirkungen der Tätigkeiten der Regierung berichtet bzw. nicht berichtet wird, ist der beste Beweis dafür. Widersprüche, wie z.B., dass die Regierung einerseits über den desaströsen Zustand des Finanzhaushaltes jammert und andererseits bei der Vergabe von staatlichen Aufträgen immer wieder Vetternwirtschaft betreibt, was wiederum keinerlei Konkurrenz ermöglicht, hinterfragen die Medien in keiner Weise. Kurz und bündig, ich glaube, dass die Regierung FRG auf dem selben Weg ist wie ihre Vorgängerin, die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN).

Frage: Eine weitere fragwürdige Aktion war die Ernennung eines Oberst zum Verteidigungsminister. Was sind die politischen Konsequenzen davon?

Colóm: Grundsätzlich finde ich diese Entscheidung gut. Die grosse Hoffnung aller war, dass dadurch die Einmischung

des Militärs in zivile Angelegenheiten zurückgehen würde. Doch unterdessen wird das Militär sogar dafür eingesetzt, Waldbrände zu löschen. Dies beweist die Unfähigkeit der Regierung, die Staatsgeschäfte zu regeln.

Frage: Zurück zur Regierungsbesetzung: Wie erklären Sie sich, dass sich Portillo nicht von Leuten mit einer düsteren Vergangenheit lösen kann, wie z.B. Jacobo Salám Sánchez (besetzte während der Regierungszeit Vinicio Cerezo's einen wichtigen Militärposten, wurde mit der Schmuggelaffäre Moreno Molina in Verbindung gebracht und gehört heute Portillos persönlicher Sicherheitsgarde an)?

Colóm: Weil dies eine autokratische Regierung ist ohne jegliche Verhandlungsfähigkeit, die Machtmissbrauch betreibt, schlimmer noch als die PAN. Sie baut auf billigen Populismus, verteilt soziale Zückerchen und beherrscht die Kunst, Krisen zu inszenieren, so wie das Rios Montt schon in den achtziger Jahren gemacht hat. Die Regierung bevorzugt Kravalle anstelle der Ausübung ihrer Pflichten, wie im aktuellen Beispiel des öffentlichen Verkehrs.

Frage: Aber wie erklären Sie sich, dass Leute mit düsterer Vergangenheit so wichtige Posten besetzen?

Colóm: Die FRG ist selber eine Partei mit dunkler Vergangenheit. Es war nicht Portillo allein, der die Wahlen gewonnen hat, sondern die gesamte FRG und diese hat direkte Verbindungen zur gewalttätigen Vergangenheit Guatemalas. Diejenigen, die glaubten, Portillo könne dem etwas entgegensetzen und deshalb seinem Ruf folgten und in die Regierung eintraten, haben geträumt und es ist an der Zeit, dass sie aufwachen und von ihren Ämtern zurücktreten, bevor sie gänzlich vereinnahmt werden.

Frage: A propos, wie beurteilen Sie die Teilnahme von ehemaligen KritikerInnen Rios Montt's an der aktuellen Regierung?

Colóm: Ich finde, all diese Leute mit revolutionärer Vergangenheit, VertreterInnen der indigenen Bevölkerung

und der Menschenrechtsorganisationen sollten aus der Regierung zurücktreten, denn es ist offensichtlich, dass die FRG eine rechte Partei ist und kein Interesse an grundlegenden Veränderungen hat. Die Linke sollte aufhören, sich etwas vormachen zu lassen. Dies ist nun mal eine populistische Regierung, die keine Lösungen anstrebt, sondern die Täter der Vergangenheit dekken will. Sie entfacht ein künstliches Feuer, das sie mit grossem Brimborium löscht, nur um gleich darauf ein neues zu entfachen. All diese Leute, die sich auf einen Pakt mit der FRG eingelassen haben, ich nenne sie mal Ex-Linke, haben entweder die Möglichkeit, in der FRG zu bleiben und zu Rechten zu konvertieren, oder sie machen einen würdevollen Abgang und treten sofort zurück.

Frage: Die Ankündigung Portillos, sich ein Haus in einer der teuersten Gegenden der Hauptstadt zu mieten, löste kritische Kommentare aus, insbesondere, weil es unter 'Spesen' abgebucht wird. Was denken Sie dazu?

Colóm: Es ist ein politischer Fehler. Es ist eine Schande, monatlich fünftausend US-\$ für ein Haus zu bezahlen. Ich bin einverstanden damit, dass ein Präsident standesgemäss leben muss, aber dafür gibt es extra ein Präsidentenhaus.

Frage: Eines der Wahlversprechen Portillos war, mit starker Hand gegen die Delinquenz vorzugehen. Nach hundert Tagen Regierungszeit ist noch nichts davon zu spüren. Was ist passiert?

Colóm: Ich glaube, dass sämtliche Wahlversprechen nach diesen hundert Tagen verblasst sind. Es ist noch keines

davon umgesetzt worden. Und das mit der Sicherheit, übrigens dasjenige Versprechen, mit dem er am meisten Stimmen gewonnen hat, ist tatsächlich ein Notstand. Doch Portillo hat weder eine harte Hand noch einen Sicherheitsplan.

Frage: Die Ankündigung, die Gehälter der Staatsangestellten um 200 Quetzales (ca. 28 US-\$) zu erhöhen, löste eine polemische Diskussion aus, obwohl schlussendlich die Gehaltserhöhung nicht mehr als 82 Quetzales war...

Colóm: Dies ist ein weiterer Beweis für das Fehlen einer umfassenden Regierungspolitik. Sowohl die Gehaltserhöhung wie auch die Subvention der Zuckerimporte führte zu einer instabilen Wirtschaftslage. Damit will ich nicht sagen, dass ich gegen die Aufhebung von Monopolen bin, aber man muss eben wissen, wie man das macht. Zweifellos ist der Streit zwischen der Regierung und den Zuckerproduzenten der 'Höhepunkt' der letzten hundert Tage. Wenn wir das Abkommen anschauen, zu dem sie schliesslich gelangt sind, können wir klar von einer Sieger- und einer Verliererseite sprechen. Die VerliererIn ist eindeutig die Bevölkerung, denn das Resultat ist die Aufrechterhaltung eines Systems, das hätte geändert werden müssen. Dabei ist Portillo ein weiterer gravierender Fehler unterlaufen, denn bei allen Wahlveranstaltungen sprach er davon, nicht wie Arzú oder die PAN zu handeln, sondern alle Probleme unter Einbezug der betroffenen Sektoren zu lösen. In dieser Zuckersache hat er mit überhaupt niemanden gesprochen, sondern er hat zuerst den Stein geworfen und dann geschaut, wie er die zerbrochene Scheibe repariert. Hätte er wirklich dieses Problem der Zuckereinfuhr lösen wollen,

hätte er zuerst mit den Zuckerproduzenten sprechen und dann das vermeintliche Monopolproblem lösen müssen. Ich sage 'vermeintlich', denn inzwischen weiss niemand mehr, ob es überhaupt existiert hat oder nicht.

Frage: Auf seinen Reisen ins Landesinnere fährt Portillo mit seinen explosiven Diskursen fort. Ist dies nötig?

Colóm: Dies macht er Alvaro Arzú nach, mit demselben Ziel wie dieser: Um den Wahlkampf zu verlängern und darüber hinwegzutäuschen, dass er schon längst regieren müsste. Dieses Land braucht Führungspersönlichkeiten und nicht ewige Präsidentschaftskandidaten!

Frage: Zusammenfassend, was ist Ihre Beurteilung der bisherigen Arbeit Portillos?

Colóm: Als positive Handlungen sehe ich die eingenommene Position im Grenzstreit mit Belice, die vorgeschlagene Steuerreform, die Schaffung eines Vizeministeriums für kleine und mittlere Unternehmen und die Arbeit des Erziehungsministeriums. Alles andere ist das selbe wie unter der Regierung PAN. Die Leute der FRG sind KünstlerInnen in Sachen Vetterwirtschaft und was mich am meisten erstaunt, ist ihr Mangel an Transparenz. Sie haben die Wahlen als Apostel der Ehrlichkeit gewonnen und heute benehmen sie sich wie ausgemachte Schurken. Wenn die FRG sich heute nochmals einer Wahl stellen müsste, würde sie weit hinter denjenigen zurückliegen, die im November nur 1% der Stimmen gewonnen haben!

Hundert Tage Frustration und Scheitern

Guatemala, 2. Mai. Anlässlich des 1. Mai nahm auch die *Allianz Neue Nation* (ANN) öffentlich Stellung zu den ersten hundert Regierungstagen Portillos und der FRG.

Als grösste Verantwortung der neuen Regierung bezeichnete die ANN die Einhaltung und Umsetzung der Friedensabkommen. Wegen ihres Umfangs und Vielfalt seien die Abkommen der beste Masstab, um die Arbeit der Regierung zu beurteilen. Doch das bisher in dieser Beziehung von der FRG-Regierung Geleistete sei nicht der Rede wert. Im Gegenteil seien beunruhigende Anzeichen einer Verzögerung oder Behinderung der Einhaltung der staatlichen Verpflichtungen zu spüren, kritisierte die ANN. Für ein mögliches Scheitern des

Friedensprozesses machte die ANN die Regierung verantwortlich.

Der Kampf gegen wirtschaftliche Privilegien mächtiger Sektoren, mit dem Ziel, sozialpolitische Verbesserungen zu erreichen, wie das von Präsident Portillo angekündigt wurde, habe sich als unbeständig und in einigen Fällen sogar kontraproduktiv erwiesen. Anstelle von einem Gefühl sozialer Sicherheit sei eine Destabilisierung erreicht worden, die auf ein regierunginternes Kräfterennen hinauslaufe und die konservativen Kräfte innerhalb der Regierung stärke. In diesem Zusammenhang müsse auch die Konfrontation zwischen der FRG und der PAN gesehen werden. Auch wenn beide von sich behaupten würden, die Interessen des Volkes zu vertreten, wür-

den sie in Wirklichkeit eigennützige wirtschaftliche Interessen verfolgen, die nichts mit der Entwicklung des Landes oder der Gesellschaft zu tun hätten, meinte die ANN.

Weiter kritisierte das linke Bündnis, dass Guatemala den Zugang von US-Militärtruppen zu guatemaltekischem Territorium erlaubt hatte und bei der UNO-Menschenrechtskommission in Genf gegen Kuba gestimmt hatte. Dies sei nichts anderes als der Versuch, punktuelle internationale Unterstützung zu bekommen, indem die nationale Souveränität aufs Spiel gesetzt werde. Im Fall von Kuba werde eine Distanzierung zu einem dem Friedensprozess gegenüber positiv gesonnenen Land vorangetrieben, bedauerte die ANN.

Eskalation des Transportproblems in der Hauptstadt:

Chronologie der Ereignisse

Guatemala, 24.-28. April. Am 24. April trat die vom hauptstädtischen Bürgermeister Fritz García-Gallont (PAN) angeordnete Fahrpreiserhöhung im öffentlichen Busverkehr in Kraft.

Ein Klima von Unsicherheit und Protesten prägte den ersten Tag der Fahrpreiserhöhung. Aus Angst vor der Reaktion der Bevölkerung auf die Massnahme, liessen viele Busunternehmen ihre Fahrzeuge in der Garage stehen, was jedem von ihnen eine Busse von 2500 Quetzales (rund 350 US-\$) seitens des Bürgermeisters bescherte. Vor der Stadtverwaltung begann eine Gruppe von elf StudentInnen der juristischen Fakultät der *Universidad San Carlos* (USAC) einen unbefristeten Hungerstreik.

Gegen Mittag des zweiten Tages kam im Stadtzentrum eine Atmosphäre der Angst auf, als die mobilen StrassenhändlerInnen begannen, ihr Waren einzupacken und die Geschäfte früher als gewöhnlich schlossen. Am Nachmittag begannen die ersten Beschädigungen an Autobussen, vor der Stadtverwaltung wurde die Flagge der Hauptstadt verbrannt. Die *Zivile Nationalpolizei* (PNC) griff ein, verhaftete sieben Personen und vertrieb die restlichen mit Tränengas. Von der USAC her setzte sich ein Demonstrationzug von etwa 3000 StudentInnen Richtung Innenstadt in Bewegung, wo er sich vor dem Nationalpalast den Feierlichkeiten zum zweiten Todestag von Erzbischof Juan Gerardi anschloss. Die Unruhen gingen weiter und um 22 Uhr betrug der Saldo ein angezündeter und neunzehn beschädigte Autobus(se), 58 Verhaftungen und zahlreiche Beschädigungen öffentlicher Anlagen und Gebäude. *Der Zusammenschluss der ElendsviertelbewohnerInnen* (FREPOGUA) schloss sich den hungerstreikenden StudentInnen an, ebenso solidarisierten sich SchülerInnen von diversen *Colegios* mit den StudentInnen. Am Ende des Tages fuhren keine öffentlichen Autobusse mehr, der Schulunterricht in der Hauptstadt wurde bis auf weiteres suspendiert.

Nach wie vor bestand Bürgermeister García-Gallont darauf, dass ohne staatliche Subvention die Fahrpreiserhöhung nicht rückgängig gemacht werden könne. Kongresspräsident Ríos Montt verkündete, eine Subvention käme nicht in Frage, der Vizepräsident Francisco Reyes López forderte als Bedingung, dass sich die Regierung überhaupt mit dem Problem beschäftige, den Rücktritt des Bürgermeisters. Präsident Alfonso Portillo weilte in Costa Rica...

Am Mittwoch spitzten sich die Ereignisse im Stadtzentrum zu. Die *Gewerkschaftseinheit der ArbeiterInnen Guatemalas* (UNSITRAGUA) blockierte den Verkehr in der Nähe der Stadtverwaltung, Angehörige der Gewerkschaft der Universität verschlossen den Zugang zum Unigelände mit Stacheldraht und zündeten Autoreifen an.

Kongressabgeordnete der Parteien FRG und ANN verabschiedeten (in Abwesenheit der VertreterInnen der PAN) einen gesetzgebenden Beschluss, in dem sie die Fahrpreiserhöhung verurteilten. Sie forderten die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit der *Multisektoriellen Kommission*, die gebildet wurde, um das Transportproblem zu analysieren und Lösungen zu suchen. García-Gallont reagierte nicht darauf.

Die URNG verurteilte das Verhalten sowohl der Regierung wie des Bürgermeisters und forderte die sozialen Organisationen sowie die Bevölkerung dazu auf, sich den Protesten anzuschliessen.

Am Donnerstag, dem vierten Protesttag, beschädigten Gruppen infiltrierter 'Maras' (Banden) während Stunden die Geschäfte und private Fahrzeuge im Stadtzentrum. Die Polizei, obwohl sie Unmengen von Tränengas versprühte, konnte die Situation nicht unter Kontrolle bringen. Vor dem Bürgermeisteramt solidarisierten sich rund 4000 Personen mit den sich immer noch im Hungerstreik befindenden StudentInnen und forderten den Rücktritt des Bürgermeisters. Auch die *Maras* mischten sich unter die Menge und provozierten die Polizei, mit dem Ziel, dass diese die Hungerstreikenden verhafte. Dies konnte verhindert werden dank der Vermittlung des staatlichen Menschenrechtsbüros, welches alles daran setzte, dass zwischen 'friedlichen' und 'randalierenden' DemonstrantInnen differenziert wurde.

Die gewalttätige Eskalation konnte jedoch nicht verhindert werden. Laut der Tageszeitung *Prensa Libre* kamen bei den Unruhen insgesamt fünf Personen ums Leben, darunter ein Photograph dieser Zeitung. Weiter gab es neunzehn Verletzte, 105 Verhaftungen und unberechenbare ökonomische Schäden.

Der Pressefotograph Roberto Martínez Castañeda war dabei, Fotos randalierender *Maras* zu machen, als er von einem Privatpolizisten erschossen wurde. Die Polizei verhaftete den Schützen sowie einen anderen Privatpolizisten.

Gegen Abend kündigte die *Vereinigung der städtischen Busunterneh-*

men (AEAU) eine Verbilligung der Fahrpreise um 25 Centavos an (von 1.50 Quetzales auf 1.25 Quetzales, während der frühere Preis 1.10 Quetzales betrug). Diese Verringerung sei provisorisch für 30 Tage gültig, während derer das Transportproblem gelöst werde sollte. Diese Ankündigung steigerte die Wut der demonstrierenden Bevölkerung.

Am Abend forderte Präsident Portillo über Radio und Fernsehen die Transportunternehmen dazu auf, wieder die vor der Preiserhöhung gültigen Preise zu verlangen und somit dazu beizutragen, dass sich die Situation 'normalisiere'. Bei Nichtbefolgung dieser Anweisung kündigte er für 12 Uhr des kommenden Tages die Ausrufung des Nationalen Notstandes an. Ausserdem rief Portillo für den nächsten Tag zu einer Sitzung der *Multisektoriellen Kommission* auf. Endlich willigte auch García-Gallont zu einem solchen Treffen ein und sprach sich für eine Teilnahme der Regierung und des Kongresses aus.

Nach vier Tagen Protest und Gewalt kehrte am Freitagmorgen, 28. April, wieder relative Ruhe in der Hauptstadt ein. In einzelnen Vororten kam es noch zu Protesten, Autoreifen wurden angezündet und einige Läden geplündert. Die HändlerInnen der 22 Märkte der Hauptstadt veranstalteten eine Demonstration und verurteilten die Vorkommnisse der letzten Tage. Die StudentInnen brachen ihren Hungerstreik ab. Die Busunternehmen nahmen ihre Arbeit wieder auf, forderten aber von der Regierung, ihnen zu helfen, die (durch die Unruhen verstärkte) ökonomische Krise zu bewältigen. Die *Multisektorielle Kommission* traf sich zu einer ersten Sitzung.

Nach diesem ersten Treffen der Kommission sah es nicht so aus, als ob sich die verschiedenen Positionen einander annähern würden: Die Transportunternehmen forderten weiterhin eine Unterstützung des Staates von 9 Millionen Quetzales monatlich (ca. 1,2 Millionen US-\$). Für Bürgermeister García-Gallont liegt die Ursache des ganzen Problems im niedrigen Einkommen der Bevölkerung. Für Vizepräsident Reyes López, der in der Kommission die Regierung vertritt, ist nach wie vor García-Gallont der Hauptschuldige. Der Vertreter der Gewerkschaften innerhalb der Kommission, Daniel Vásquez, hat sicher recht, wenn er behauptet: "Ohne politischen Willen aller Beteiligten und die Bereitschaft, über innerparteiliche Differenzen hinwegzusehen, ist keine Lösung des Problems in Sicht."

Die politische Dimension des Transportproblems: Was/Wer steckt dahinter?

Guatemala, 3. Mai. PolitikerInnen verschiedenster Couleur, PressekolunistInnen und AnalytikerInnen überbieten sich in gegenseitiger Schuldzuweisung, Kommentaren und Analysen bezüglich der durch die Preiserhöhung im öffentlichen Busverkehr ausgelösten gewalttätigen Auseinandersetzung der letzten Woche. Der folgende Artikel beruht auf einer Analyse des *Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Studien* (IPES).

Die Protesttage gegen die Preiserhöhung im hauptstädtischen Buswesen brachten einerseits den Führungsmangel der für die öffentliche Sicherheit zuständigen Institutionen an den Tag. Zum ändern wurden einmal mehr die unterschiedlichen Interessen der verschiedenen, die Regierung beherrschenden Sektoren, deutlich gemacht.

Zwischen dem 24. und dem 28. April hatte die guatemaltekeische Gesellschaft mit Schrecken und Panik beobachten können, wie in wichtigen Einkaufszonen der Hauptstadt infiltrierte Banden (*Maras*) zu Figuren in einem Schachspiel zwischen der Regierungspartei FRG und der die Hauptstadt regierenden PAN wurden. Das Ziel dieses Spiels zwischen den beiden rechten Parteien war alles andere als die Suche nach einer weniger dramatischen Lösung für die Million HauptstädterInnen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind.

Präsident Alfonso Portillo und Kongresspräsident Efraín Ríos Montt (beide FRG) weigerten sich, gemeinsam mit dem Bürgermeister Fritz García-Gallont (PAN) eine sowohl für die Bevölkerung wie auch für die Busunternehmen akzeptable Lösung zu suchen. Im Gegenteil, sie liessen García-Gallont leerlaufen, was zu seinem politischen Ruin führte, mit dem Hintergedanken, bei den nächsten Wahlen im Jahr 2004 die Regierung der Hauptstadt wieder zurückzugewinnen.

Dies konnte aber nicht über die unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen der beiden (Ríos Montt und Portillo) bezüglich des täglichen politischen und ökonomischen Handelns und ihre innerparteilichen Schwierigkeiten hinwegtäuschen. Verschiedenste Interessen standen also auf dem Spiel während den gewalttätigen Auseinandersetzungen der letzten Woche.

Das Szenario wurde von langer Hand geplant und hatte unter anderem die Schwächung der bürgermeisterli-

chen Autorität und somit das Provozieren seines Rücktritts zum Ziel, was ein klar manifestiertes Ziel des Vizepräsidenten Francisco Reyes López war.

Den paramilitärischen Kräften gelang es, durch das Manipulieren der *Maras*, das politische, soziale und wirtschaftliche Geschehen der Hauptstadt während mehrerer Tage zu destabilisieren. Die *Zivile Nationalpolizei* sowie deren Spezialeinheiten hatten gegen die aus den marginalisierten Gebieten der Stadt ins Zentrum strömende Bevölkerung keine Chance. Rund 4000 PolizistInnen waren im Einsatz, trotzdem hatte die Polizei sowohl personelle als auch materielle Defizite aufzuweisen, ging ihr doch am 27. April das Tränengas aus...

Ein anderes Ziel war es demnach, die Unfähigkeit des Polizeidirektors Baudilio Portillo Merlos (dem der FRG-Kongressabgeordnete Leopoldo Clavería den Rücktritt nahlegte) und des Innenministers Guillermo Wong (auf dessen Posten der ebenfalls FRG-Abgeordnete Byron Barrientos scharf ist) zu demonstrieren.

Eine weitere Absicht hinter dem ausgeklügelten Szenario war es, mit den randalierenden *Maras* den pazifistischen Hungerstreik der StudentInnen in ein schlechtes Licht zu rücken und den immensen Aufmarsch der Volksbewegungen zu bremsen. Dies gelang jedoch nicht, sondern stärkte im Gegenteil die sozialen Bewegungen, die mit ihren friedlichen Demonstrationen ihr Potential unter Beweis stellen konnten.

Ein Ziel vor allem Ríos Montt nahestehender Kreise war es, die Wirkungslosigkeit des *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE) und dessen Leiters, Edgar Gutiérrez, unter Beweis zu stellen. Die Aufgabe des SAE war es, den Präsidenten auf die möglichen Konsequenzen der Fahrpreiserhöhungen hinzuweisen. Laut Gutiérrez wurde dies auch getan. Er habe dem Präsidenten einen ausführlichen Bericht übergeben, wo er ihn vor gewalttätigen Demonstrationen, Zusammenstössen und inklusive Toten gewarnt und darauf hingewiesen habe, dass die politischen Kosten nicht der Bürgermeister sondern die Regierung zu tragen haben werde. Portillo wurde entsprechend kritisiert, trotz Warnung keine Vorkehrungen getroffen zu haben. Der Polizeidirektor seinerseits versicherte, nichts von dem Dokument der SAE gewusst zu haben. Portillo gab zu, frühzeitig von der SAE gewarnt worden zu sein, rechtfertigt sich aber damit,

dass ihm die Situation 'aus den Händen geglitten' sei, was aber offensichtlich nicht nur ihm so gegangen sei, sondern auch dem Bürgermeister, der Zivilgesellschaft, dem Kongress und den Medien.

Nebst den bereits aufgezählten, gab es noch andere Gründe, die für einen 'Destabilisierungsplan für die Hauptstadt' sprachen. Einer davon ist sicher, das Bild der Militärs etwas aufzupolieren, das durch die Anklage einiger (ehemals) ranghoher Militärs durch Rigoberta Menchú auf internationaler Ebene ziemlich angekratzt ist.

Nun ging es darum, zu demonstrieren, dass das Militär die einzige Institution ist, die in diesem Chaos Gesetz und Ordnung wiederherstellen kann. Das Militär stand (mit Soldaten und Panzern) einsatzbereit an den strategisch wichtigen Stellen der Hauptstadt. Weshalb es schliesslich nicht eingegriffen hatte, ist unklar.

Vielleicht hatte Portillo endlich begriffen, welches Ausmass der Konflikt angenommen hatte und dass mit dem Eingreifen des Militärs alles nur noch verschlimmert würde. Vielleicht kamen aber auch die Urheber des Plans zur Vernunft und realisierten, dass der Massenprotest der sozialen Organisationen bei der internationalen Gemeinschaft auf Solidarität und Verständnis stossen würde und eine militärische Intervention für Guatemala auf internationaler Ebene negative Folgen haben könnte. Immerhin wurde erreicht, dass für ein paar Tage die Schlagzeilen über Guatemala den Inhalt wechselten und die Klage Rigoberta Menchús gegen Ríos Montt etwas in den Hintergrund rückte.

Zweifelloos ging es bei dem ganzen Plan um die parteiinternen Streitereien der FRG: Die AnhängerInnen Ríos Montt's hofften dabei, die 'Portillistas' zu überrunden. Auch wenn es in den Medien heisst, Portillo sei nicht derjenige, der das Land regiert, haben sie ihr Ziel nicht ganz erreicht. Dafür haben sich die Differenzen zwischen den beiden Strömungen zugespitzt und etwas klarer definiert: Unter anderem geht es um die Kontrolle des Innenministeriums, der Polizei und des Sekretariats für strategische Analysen (SAE).

Für die internationale Gemeinschaft haben die Vorkommnisse der letzten Tage klar gemacht, dass ohne die Umsetzung der Friedensabkommen der Frieden in Guatemala gefährdet ist, ebenso die bereits erreichten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen.

Universitätsprofessorin entführt

Guatemala, 24. April. Seit dem 7. April wird die Universitätsprofessorin Mayra Angelina Gutiérrez Hernández vermisst. Gutiérrez Hernández unterrichtet Psychologie an den Universitäten San Carlos (USAC) und Landívar (URL) und befand sich auf dem Weg nach Huehuetenango, wo sie in einer Aussenstation der URL unterrichten sollte.

Die Professorin verliess ihr Haus zu Fuss und niemand weiss, wo und wann sie verschwand, weshalb ihre ArbeitskollegInnen, Familienangehörigen und die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) befürchten, dass sie entführt wurde. Weder in den Spitälern und Leichenhäusern noch in den Gefängnissen war eine Spur von Gutiérrez Hernández zu finden.

Die Familie Gutiérrez Hernández wurde schon während der achtziger Jahre Opfer von gewaltsamen Entführungen und illegalen Verhaftungen: Drei Geschwister von Mayra Angelina sind seit dieser Zeit spurlos verschwunden.

Seit über sechs Jahren kamen in Guatemala keine Fälle von Entführungen und Verschwindenlassen vor, wie sie aus den achtziger Jahren bekannt sind. Doch solange die damaligen Täter nicht bestraft und die entsprechenden Strukturen aufgelöst werden, müsse immer damit gerechnet werden, dass sie wieder aktiv werden, meinte die GAM. Die mögliche Entführung Gutiérrez Hernández könnte ein Warnsignal sein für die Intellektuellen Guatemalas, speziell diejenigen, die sich für die Einhaltung der

Menschenrechte einsetzen. Mayra Angelina ist als Militante der Partei UNID Mitglied der *Allianz Neue Nation* (ANN).

Die für die Aufklärung des Falles zuständigen Sicherheitsbeamten sprachen anfänglich von einem Liebesdrama (ein Argument, das übrigens auch bei der Ermordung des Erzbischofs Gerardi vorgebracht wurde), gaben dann aber selber zu, dass die Art und Weise wie Gutiérrez Hernández verschwand, stark an die Praxis der achtziger Jahre erinnere.

Die Vereinigung Familienangehöriger von Verschwundenen (FAMDE-GUA) hat im Fall des Verschwindens Angelina Gutiérrez Hernández Anzeige bei der Weltorganisation gegen Folter in Genf eingereicht.

Militärs nun auch in Guatemala angeklagt

Guatemala, 3. Mai. 48 Überlebende von zehn Dörfern, in denen Massaker verübt wurden, reichten bei der guatemaltekischen Staatsanwaltschaft Klage ein gegen die Generale Romeo und Benedicto Lucas García und Luis René Mendoza Palomo. Die KlägerInnen stammen aus Dörfern der Regionen Ixcán, Ixil, Chimaltenango und Rabinal und bezeichnen die Angeklagten als die Urheber der 'Politik der verbrannten Erde', die zum Ziel hatte, ganze ethnische Gruppen und Dörfer auszulöschen.

Der Anwalt Frank La Rue des Menschenrechtsbüros CALDH begleitete sie zur Staatsanwaltschaft. Er sagte: "Zu einem früheren Zeitpunkt wäre eine solche Anklage nicht möglich gewesen, die VertreterInnen aus den Dörfern hatten Angst vor Repression. Nun wollen sie beweisen, dass es möglich ist, in Guatemala einen Prozess gegen ehemalige Militärs zu führen. Sie wollen beweisen, dass das Justizsystem im Wandel und

der Friedensprozess am Laufen ist." Dabei nützen sie das international in Frage gestellte Bild der guatemaltekischen Justiz aus, die sich gegen die in Spanien eingereichte Anklage Rigoberta Menchú wehrte mit der Begründung, zuerst müssten die juristischen Möglichkeiten in Guatemala selber ausgeschöpft werden. Die drei in Guatemala angeklagten Militärs haben auch eine Klage in Spanien hängig.

Romeo Lucas García war Präsident von 1978-1982, heute lebt er in Venezuela und ist an Alzheimer erkrankt.

Sein Bruder Benedicto Lucas gehörte zur Gruppe, die 1954 den damaligen Präsidenten Castillo Armas stürzte. Seine militärischen Studien beendete er in Frankreich, wo er an einer von Napoleon Bonaparte gegründeten Militärschule ausgebildet wurde und im Krieg gegen Algerien Aufstandsbekämpfungsmethoden lernte. Später kehrte er nach Guatemala zurück und trat der Re-

gierung seines Bruders bei.

Luis René Mendoza war zur selben Zeit Verteidigungsminister.

Im Februar 1998 veröffentlichte der amerikanische Geheimdienst CIA ein Dokument aus dem Jahre 1982, das über die Pläne des guatemaltekischen Militärs zur Eliminierung der Guerilla informierte. In dem Dokument heisst es wörtlich: "Die Pläne des guatemaltekischen Militärs zur Ausradierung des *Triangulo Ixil*, wo die Guerilla - und ihre Sympathisanten - stark verbreitet ist, kann nicht nur zu einer Konfrontation grösseren Ausmasses führen, sondern auch zu einem Machtmissbrauch seitens des Militärs. Der Chef des guatemaltekischen Geheimdienstes, hat zwar seine Leute angewiesen, keine Unschuldigen zu töten, doch da der grösste Teil der Bevölkerung dieses Gebietes Indios sind, die die Guerilla unterstützen, ist es wohl unvermeidbar, dass eine Anzahl Dörfer zerstört werden muss."

Japanischer Tourist und sein Chauffeur gelyncht

Huehuetenango, 30. April. Eine Gruppe von 23 japanischen TouristInnen wurde von aufgebrachtten BewohnerInnen in Todos Santos Chuchumátán angegriffen, wobei ein Japaner und der Chauffeur des Wagens, in dem die Gruppe reiste, gelyncht wurden. Die beiden wurden zuerst durch Schläge ins Gesicht getötet, dann mit Benzin übergossen und angezündet.

Schnell wie sonst nie, wurden noch am selben Tag die ersten Haftbefehle ausgestellt. Präsident Portillo nahm sofort Kontakt mit der japanischen Regie-

rung auf, aus Angst, die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern könnten durch den Zwischenfall gefährdet sein (Japan ist eines der Hauptgeberländer Guatemalas und unterstützt vor allem Projekte im Zusammenhang mit den Friedensabkommen sowie Naturschutzprojekte.)

Verschiedene Erklärungen kursieren über die Gründe für das Lynchen der zwei Personen. Eine Bewohnerin habe sich durch das Photographieren ihres Kindes verunsichert gefühlt, habe "Kinderdieb!" gerufen, worauf die umstehen-

den DorfbewohnerInnen sich auf den Touristen stürzten und eins das andere ergab. Dazu komme, dass ein paar Tage zuvor über ein evangelisches Lokalradio die Nachricht verbreitet wurde, Kinderdiebe gingen herum.

Eine andere Variante lautete, dass, ebenfalls über ein evangelisches Radio, die Meldung ausgestrahlt worden sei, rund 3000 Mitglieder einer 'Satansekte' kämen ins Dorf, um dort ihre satanischen Kulte zu feiern. Schon Tage zuvor habe in dem Dorf ein Klima der Angst und Verunsicherung geherrscht, hiess es.

Überfall auf Büro von sozialer Organisation

Guatemala, 11. April. Am frühen Morgen des 9. April wurde das Büro des *Zentrum für Studien, Informationen und Grundlagen für die Soziale Aktion* (CEIBAS) überfallen. Unbekannte drangen in die Räumlichkeiten der Organisation ein, durchsuchten Dokumente und Archive um schliesslich Informatik- und Telekommunikationsgeräte mitzunehmen.

Die Arbeit von CEIBAS konzentriert sich auf die Überwachung der Einhaltung und Umsetzung der in den Friedensabkommen festgehaltenen ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte sowie auf die zivilgesellschaftliche Beteiligung am Aufbau einer Demokratie und eines Rechtsstaates.

Dies war der fünfte gegen CEIBAS gerichtete Zwischenfall innerhalb der letzten zwei Monate:

Am 7. Februar wurde bereits ein Überfall auf das Büro der Organisation verübt, bei der zwei Computer der Direktion, die in verschiedenen Büros gestanden haben, gestohlen wurden. In einer Presseerklärung bezeichnete CEIBAS die Diebstähle als selektiv und nicht ökonomisch.

Am 10. Februar konnten Angestellte, die bis spät nachts arbeiteten, einen Einbruch verhindern.

Während einer Sitzung im Büro von CEIBAS wurde das vor dem Haus geparkte Auto des Gewerkschafters Luis Lara gestohlen.

Ein weiterer Diebstahl konnte verhindert werden, doch auf dem liegengelassenen Einbruchwerkzeug konnten keine Spuren sichergestellt werden.

Die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) sieht in den Überfällen auf CEIBAS den Versuch, die soziale Bewegung zu destabilisieren. Laut GAM stecken dahinter diejenigen Sektoren, die schon in der Vergangenheit für die Verletzungen der Menschenrechte verantwortlich waren. Heute befänden sich diese Kräfte in einem Zustand der Lethargie, seien jedoch nach wie vor dazu bereit, Personen oder Institutionen zu bedrohen, die sich ihrem Versuch widersetzen, ein Klima sozialer Unsicherheit im Land aufrechtzuerhalten.

Kommission für 'verschundene' Kinder gebildet

Guatemala, 25. April. Die Kinderhilfsorganisation *Casa Alianza* teilt mit, dass sie Mitglied einer neu gegründeten nationalen Kommission ist, deren Aufgabe die Suche nach während des 36 Jahre dauernden bewaffneten Konfliktes 'verschundenen' Kindern ist. Eine weitere Aufgabe der Kommission ist die Dokumentation von Fällen, bei denen Kinder von ihren Familien getrennt und auf illegale Weise zur Adoption frei gegeben wurden.

Die Kommission wurde nach dem Erscheinen und auf Empfehlung des Berichtes der Wahrheitskommission (CEH) gebildet, deren Aufgabe es war, die Menschenrechtsverletzungen während des Krieges festzuhalten.

Die CEH bestand in ihrer Empfehlung darauf, dass die Kinder (unterdessen Erwachsene) ein Recht darauf hätten, ihre wahre Identität zu erfahren.

Die Wahrheitskommission empfahl ausserdem die Schaffung legaler Mittel, um eine Adoption anzufechten, falls dies das adoptierte Kind oder seine leiblichen Eltern wünschten.

Casa Alianza informiert weiter über einen Besuch in El Salvador bei der Nichtregierungsorganisation *Pro Búsqueda*, welche 70 'verschundene' Kinder wieder gefunden hatte, die während des Krieges in El Salvador gewaltsam von ihren Eltern weggenommen wurden.

Die Identität der meisten dieser Kinder konnte mittels DNA-Proben festgestellt werden. Einige von ihnen lebten in Familien von Militärs oder wurden im Ausland adoptiert.

Die Schaffung einer anderen, ebenfalls von der Wahrheitskommission empfohlenen *Kommission für Frieden und Eintracht* wurde am 4. Mai vom Kongress vorläufig abgelehnt. Die Aufgabe dieser Kommission wäre es, die Umsetzung der Empfehlungen der CEH zu überwachen.

Ein entsprechender Gesetzesentwurf über die Aufgaben dieser Kommission wurde von diversen Menschenrechtsorganisationen ausgearbeitet und dem Kongress vorgelegt. Der Bericht der Wahrheitskommission verlangt,

dass es die Aufgabe der (aus je einer VertreterIn jeder Partei zusammengesetzten) *Kommission für Menschenrechte* innerhalb des Kongresses sei, die über den Gesetzesentwurf zu bestimmen habe. Weshalb es schliesslich die *Kommission für Frieden und Entminung* war, (in der die FRG mit Mehrheit vertreten ist), die den Gesetzesentwurf prüfte und zur Ablehnung empfahl, ist unklar.

Auf Vorschlag der ANN soll nun noch einmal über die Bücher gegangen werden: Der Zeitraum, um das Gesetz so zu ändern, damit ein Konsens im Kongress erreicht werden kann, wurde um dreissig Tage verlängert.

¡Fijáte!

Herausgeber:
Verein ¡Fijáte!
2502 Biel
PC: 30-516068-6
Redaktion und Abos:
¡Fijáte!
c/o Barbara Müller
Birmensdorferstr. 116
8003 Zürich
Tel. 01/ 462 98 74
E-Mail:
barbara-m@bluewin.ch
Jahresabo: 100.- Fr.
Auslandabo: 120.- Fr.
Förderabo: ab 200.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

1. Mai im Zeichen der Friedensabkommen

Guatemala, 4. Mai. Rund 15'000 Personen nahmen an der 1. Mai Demonstration teil. Die Geschehnisse der letzten Wochen hatten zur Folge, dass an dieses Jahr auch andere als die 'traditionellen' Gruppierungen teilnahmen: Als erste im Zug liefen Kinder, die in den verschiedensten Sektoren arbeiten und zum ersten Mal organisiert auftraten. Nach ihnen kamen die JournalistInnen, die um ihren ermordeten Berufskollegen trauerten und das Recht auf freie Mei-

nungsäusserung forderten. Verschiedentlich wurde auch der Rücktritt des Bürgermeisters Fritz García-Gallont verlangt. Neben den Forderungen nach Sicherheit, der Respektierung des Rechts auf Leben, Gesundheit, Bildung und Arbeit, war die Hauptforderung diejenige nach der Umsetzung und Einhaltung der Friedensabkommen.

Auch in anderen Teilen des Landes fanden gutbesuchte 1. Mai-Demonstrationen statt.